

## Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

### **40 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel – Im Wissen um die Vergangenheit die Zukunft gestalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel vor 40 Jahren am 12. Mai 1965 bietet einen wichtigen Anlass, um die Vielfalt und zugleich Einzigartigkeit des Verhältnisses zwischen beiden Staaten erneut zu betonen. Von der Bedeutung der beiderseitigen Beziehungen zeugt die Vielzahl der Veranstaltungen, mit denen überall in Deutschland und Israel dieses Jubiläums gedacht wird. Ein Höhepunkt wird die Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 31. Mai 2005 sein, an der der israelische Staatspräsident Moshe Katzav teilnehmen wird.

Dass sich die deutsch-israelischen Beziehungen 60 Jahre nach der Shoa und dem Ende des Zweiten Weltkrieges freundschaftlich und eng gestalten, ist keineswegs selbstverständlich. Der Völkermord an sechs Millionen europäischen Juden, begangen vom nationalsozialistischen Deutschland, stellt in der Geschichte ein einzigartiges Verbrechen dar. Das nationalsozialistische Deutschland fügte in ideologischer Verblendung und aus menschenverachtendem Rassenwahn den Juden Deutschlands und Europas unermessliches Leid zu. Mit großer Dankbarkeit würdigt der Deutsche Bundestag daher die Bereitschaft Israels, Brücken über diesen Abgrund zu schlagen. Es war eine bemerkenswerte und vor dem historischen Hintergrund erstaunliche Leistung von Staatsmännern wie Nahum Goldmann und David Ben Gurion, gegen Zweifel, Schmerz und Protest im eigenen Land das Wagnis einzugehen und erste Schritte auf Deutschland zuzugehen. Wesentliche Voraussetzung hierfür war, dass sich Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in der Regierungserklärung vom 27. September 1951 unmissverständlich und mit einhelliger Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Verantwortlichkeit Deutschlands für die nationalsozialistischen Verbrechen sowie zur Pflicht moralischer und materieller Wiedergutmachung gegenüber den Vertretern des Judentums und dem Staat Israel bekannt hatte. Auch nach der Unterzeichnung des Luxemburger Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 und seiner Ratifizierung mit Unterstützung der Stimmen der SPD-Fraktion am 18. März 1953 blieben die deutsch-israelischen Beziehungen jedoch umstritten. Es dauerte noch weitere zwölf Jahre, bis am 12. Mai 1965 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel vollzogen wurde. Die von Deutschland erbrachten materiellen Leistungen konnten und können jedoch nie angemessen für das Unrecht entschädigen, das an dem jüdischen Volk begangen wurde. Die deutsch-israelischen Beziehungen werden immer einen besonderen Charakter haben. Aufgrund der historischen-moralischen Verantwortung Deutschlands für

die Shoah wird das Existenzrecht des Staates Israel immer unverrückbare Grundposition deutscher Politik bleiben. Dies ist auch die Grundlage deutscher Politik hinsichtlich des Nahostkonflikts, mit dem man sich im Zusammenhang mit den deutsch-israelischen Beziehungen auseinander setzen muss. Wir befürworten eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Deutschland setzt sich dafür ein, dass Israelis und Palästinenser ohne Angst vor Terror und in Frieden leben können.

Für die deutsche Gesellschaft muss die Erinnerung an und die Auseinandersetzung mit der Shoah eine bleibende Aufgabe sein. Es bleibt unsere Aufgabe, dieses Menschheitsverbrechen in der eigenen Geschichte in Erinnerung zu bewahren und an nachfolgende Generationen weiterzugeben, die Verantwortung dafür tragen, das Gedenken an die Opfer wach zu halten und die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Diejenigen, die nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur geboren sind, tragen zwar keine individuelle Schuld an deren Vergehen; sie tragen aber Verantwortung für die Folgen der angerichteten Verbrechen. Sie müssen alles tun, damit sich Gleiches oder Ähnliches nicht wiederholt.

Die maßgebliche Lehre, die aus den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft gezogen wurde, ist in Artikel 1 des Grundgesetzes festgeschrieben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Ein zentraler Bewertungsmaßstab dafür, inwieweit Deutschland dieser Aufforderung und Mahnung nachkommt, besteht darin, ob sich Juden in unserem Land sicher und heimisch fühlen. Der Deutsche Bundestag bringt seine Hochachtung darüber zum Ausdruck, dass nach dem Zweiten Weltkrieg Juden in Deutschland geblieben sind und jüdisches Leben neu entwickelt haben. Er begrüßt, dass sich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von lebendigen jüdischen Gemeinden in unserem Land gebildet hat. Insbesondere in Berlin zeigt sich dies sehr deutlich und eindrucksvoll.

Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind jedoch noch keineswegs überwunden. Parteien mit rechtsextremem und menschenverachtendem Gedankengut sowie fremdenfeindliche Einstellungen in Teilen der Bevölkerung stellen Herausforderungen dar, zu denen neue, wie die Auseinandersetzung mit Islamisten, die sich explizit zum Antisemitismus bekennen, hinzutreten. Niemals werden wir dulden, dass für Juden und ihre Einrichtungen ein erhebliches Gefahrenrisiko besteht, dass Synagogen beschmiert oder Friedhöfe geschändet werden. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit muss mit aller Entschlossenheit und mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entgegengetreten werden. Bildung und Erziehung müssen einen stärkeren Beitrag dazu leisten, Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen zu erkennen zu können und ihm entschieden entgegenzutreten. Diese Ziele kommen in der sog. Berliner Erklärung, dem Abschlussdokument der von Deutschland im April 2004 ausgerichteten Berliner OSZE-Antisemitismuskonferenz, zum Ausdruck.

Israel ist ebenso wie Deutschland Teil einer Wertegemeinschaft, die auf das gemeinsame Bekenntnis zu Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Demokratie gegründet ist. Diese gemeinsamen Werte bilden ein starkes Bindeglied in den Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sowie zwischen Israel und Europa.

Die Intensität der deutsch-israelischen Beziehungen zeigen sich auf vielen Ebenen. Nicht nur zwischen den Regierungen, auch zwischen der Knesset und dem Deutschen Bundestag bestehen enge Kontakte; von den Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages bildet die deutsch-israelische die zahlenmäßig größte. Über 100 Städte- und Kreispartnerschaften sind ebenso lebhafter Ausdruck der guten Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel wie das dichte Netzwerk, das u. a. Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Bildungseinrichtungen, Sportvereine sowie Künstler und Wissenschaftler miteinander geknüpft haben. 40 Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen unterhält

Deutschland zu keinem anderen Land außerhalb Europas und Nordamerikas so enge Beziehungen wie zu Israel. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Willen, in diesem Geiste den Austausch und die Zusammenarbeit mit Israel auf allen Gebieten fortzuentwickeln.

Dem Ziel, das Zusammenwachsen der Zivilgesellschaften zu fördern, dienen die deutsch-israelischen Jugendbegegnungsprogramme in besonderem Maße. Nicht zuletzt über die im Jahr 2000 vereinbarte Errichtung von Koordinierungsbüros für den deutsch-israelischen Jugendaustausch ist es gelungen, das Interesse junger Menschen an dem jeweils anderen Land zu wecken, Vorurteile abzubauen und Freundschaften zu stiften. In Deutschland und Israel gehört der bilaterale Jugendaustausch zu den intensivsten Begegnungsprogrammen. In den zurückliegenden Jahrzehnten haben an ihnen Schätzungen zufolge über eine halbe Million junger Menschen aus beiden Ländern teilgenommen, darunter Schülerinnen und Schüler, aber auch Freiwillige, die – z. B. in Diensten von „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.“ oder „Pax Christi“ – in Sozialprojekten, Gedenkstätten und Kibbuzim arbeiten. Durch die schnelle Einbeziehung der Bürger Ostdeutschlands in den Austausch ist ein zusätzlicher Beitrag für die Verständigung geleistet worden.

Der Deutsche Bundestag will den Austausch weiter fördern und ausbauen. Besondere Anstrengungen müssen dabei dem Ziel gelten, gerade bei jungen Israelis das Interesse an einem zeitgemäßen Deutschlandbild über Deutschlandaufenthalte zu wecken. Durch die Sicherheitslage im Nahen Osten ist in den vergangenen Jahren die Intensität des Austausches beeinträchtigt worden. Mit der Aussicht auf eine Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses verbindet sich die Hoffnung, dass die Zahl der Begegnungen und Kontakte zwischen Israel und Deutschland weiter zunehmen wird. In diesem Zusammenhang kommt den Medien die Verantwortung zu, ein differenzierteres Bild vom jeweils anderen Lande und den sich dort vollziehenden gesellschaftlichen Prozessen zu vermitteln.

Bei den Bestrebungen, Deutsche und Israelis einander näher zu bringen, ist dem kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Israel zentrale Bedeutung zuzumessen. Bereits heute existieren vielfältige bilaterale Programme und Kooperationen, die bildende Künste, Film, Literatur, Musik, Theater und Sport umfassen. Der Deutsche Bundestag drängt daher auf den Abschluss eines deutsch-israelischen Kulturabkommens.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass die bisherige enge Zusammenarbeit weiter vertieft werden muss. Wichtig hierfür ist, dass beide Seiten die infrage stehenden Kooperationsprogramme gezielt fördern und materiell unterfüttern. Das gilt beispielsweise für den Bereich von Wissenschaft und Technologie. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Intensivierung der bilateralen Kooperationen in Wissenschaft und Forschung. Dass Deutsche und Israelis ihre Kenntnisse und Erfahrungen zusammenführen und ihre jeweiligen Fähigkeiten ergänzen, kommt beiden Staaten im internationalen Wettbewerb zugute. Das zusätzliche Potenzial, das in den deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen liegt, muss ausgeschöpft werden. Gerade für Existenzgründer sowie kleinere und mittlere Betriebe bietet Israel große Möglichkeiten für eine Innovationspartnerschaft.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt erneut, dass das Recht der Bürger Israels in sicheren Grenzen frei von Angst, Terror und Gewalt leben können, für uns einen elementaren Bestandteil der Solidarität und Freundschaft mit Israel darstellt. Der Deutsche Bundestag sieht es als eine besondere Verpflichtung Deutschlands an, sich aktiv für die Überwindung des Nahostkonflikts einzusetzen und gemeinsam mit seinen Partnern in der EU, mit den USA, Russland und mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Wiederbelebung des Friedensprozesses im Rahmen der „Road Map“ zu unterstützen. Ziel ist die Existenz zweier souveräner, lebensfähiger und demokratischer Staaten, Israel und Palästina, ver-

bunden in gemeinsamer Sicherheit und garantiert durch die internationale Gemeinschaft. Auch die Länder der Region müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Deutschland hat sich innerhalb der Europäischen Union für eine stetige Intensivierung der Beziehungen zu Israel eingesetzt. Auf deutsche Initiative hin hat der Europäische Rat 1994 in Essen Israel einen „privilegierten Status“ eingeräumt. 1995 hat Israel ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union geschlossen; seit 1996 ist es als erstes nicht-europäisches Land an dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung beteiligt. Der Deutsche Bundestag spricht sich mit Nachdruck für den Ausbau und die Vertiefung der Beziehungen zwischen Israel und der EU aus. Darum muss sich Deutschland in der Europäischen Union mit besonderem Engagement bemühen. Israel seinerseits sollte sich stärker für eine engere Zusammenarbeit mit der EU öffnen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel haben in den vergangenen 40 Jahren trotz der schweren Hypothek der deutschen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands an den deutschen und europäischen Juden eine große Intensität und Breite erreicht. Deutschland wird sich seiner Verantwortung gegenüber Israel auch in Zukunft stellen. Die erzielten Fortschritte in den Beziehungen zu Israel sind Ansporn und Verpflichtung zugleich, im Wissen um die Vergangenheit die Zukunft zu gestalten.

Berlin, den 11. Mai 2005

**Franz Müntefering und Fraktion**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**  
**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**